

„Was das Glück angeht, sind die Deutschen unschlagbar“

Österreichs Ex-Kanzler Wolfgang Schüssel über die Befindlichkeiten seines Landes, Chancen durch die Fußball-EM und seine Favoriten

Wolfgang Schüssel ist Fraktionsvorsitzender der ÖVP, die in Wien mit der SPÖ in der großen Koalition regiert. Als Bundeskanzler (2000 bis 2007) holte er die Europameisterschaft nach Österreich. Matthias Iken sprach mit ihm über die Lage der österreichischen Nation, Europa und den Fußball.

DIE WELT: Wer wird Europameister?
Wolfgang Schüssel: Ich weiß nicht, ob nachher der Beste oder nicht doch der Glückliche gewinnt. Was das Glück angeht, sind die Deutschen ja meist unschlagbar.

Dafür müssten die Deutschen die Hürde Österreich nehmen.

Schüssel: Wir haben keine schlechte Mannschaft – sie ist sicher besser als der Platz auf der Weltrangliste, der beschämend und demütigend ist (Platz 79, hinter Katar und Estland, d. Red.). Wir haben eine gute junge Mannschaft, aber diese Europameisterschaft kommt vermutlich noch zu früh. Eine positive Überraschung traue ich ihr aber zu. Deutschland ist in unserer Gruppe haushoher Favorit, dann kommt Kroatien, Polen und Österreich schätze ich gleich stark ein.

Wagen Sie einen Tipp für das Spiel gegen Deutschland?

Schüssel: Ich wünsche mir natürlich einen Erfolg der Österreicher. Dann würde ich tief in ein Freuden-glas Bier eintauchen. Aber wetten würde ich darauf nicht.

Hoffen Sie, dass die EM das angekratzte Selbstbewusstsein der Österreicher wieder stärken könnte?

Schüssel: Ein angekratztes Selbstbewusstsein sehe ich bei uns eigentlich nicht.

Das verwundert vor dem Hintergrund des Echos auf die Fälle Kampusch und Amstetten.

Schüssel: Das sind tragische und furchtbare Einzelschicksale. Kein Mensch kann davon ungerührt bleiben, mein Herz hat sich zusammengekrampft, als ich erstmals davon hörte. Das sind Abgründe der menschlichen Seele, aber das hat mit dem Volk und der Nation nichts zu tun. Das muss man klar trennen.

Die EM bietet die Chancen, andere Schlagzeilen zu schreiben.

Schüssel: Sicher ist das gut – die Europameisterschaft wird ein großes Fest werden. Da ist die sensationelle Weltmeisterschaft in Deutschland sicher ein Modell, wobei auch die deutsche Nationalmannschaft dazu beigetragen hat. Eines aber trifft mich bei der EM als Europäer und Sportler: Es ist ein schreckliches Versäumnis, dass weder die europäische Hymne gespielt noch die europäische Fahne gehisst werden darf aufgrund der Regelungen der Uefa. Das könnten Symbole für

das Zusammenwachsen des Kontinents sein.

Sie sind ein überzeugter Europäer. Dabei wurde Ihre Koalitionsregierung mit Jörg Haider's FPÖ damals in Europa massiv angefeindet.

Schüssel: Europa ist eine Riesenchance, gerade für ein Land wie Österreich. Seit dem Beitritt 1995 zur EU wächst Österreich doppelt so schnell wie die Schweiz, seit Einführung des Euro wachsen wir sogar schneller als die Euro-Zone. Europa war für uns die einmalige Chance, von der Peripherie ins Zentrum zu rücken.

Trotzdem sind auch die Österreicher keine besonders überzeugten Europäer ...

Schüssel: Österreicher sind ziemlich skeptisch, wir sind vorsichtig, nie überschäumend. Daher werden wir nichts vorbehaltlich bejubeln. Gut 40 Prozent sind überzeugte Europäer, ein knappes Viertel dagegen – und der Rest ist zu gewinnen. Zudem kann uns die Kritik voranbringen. Auch Europa ist zu verbessern.

Sie gelten als einer der Kandidaten für das neue Amt des EU-Ratspräsidenten ...

Schüssel: Ja, das habe ich mit einem Schmunzeln gelesen. Die Suche wird sich aber sicher noch in fünf weiteren Schlingen vollziehen. Die Favoriten sind andere, aber es ist sicherlich keine Schande, überhaupt genannt zu werden. Das wird sich Ende des Jahres unter französischem Vorsitz entscheiden. Aber so wichtig ist diese Frage auch nicht, weil es einige geeignete Persönlichkeiten gibt. Vorrangig ist, jetzt erst einmal den EU-Vertrag auf die Reize zu bringen.

Was reizt Sie mehr: Wien oder Brüssel?

Schüssel: Ich bin ein leidenschaftlicher Wiener, Österreicher und Europäer. Auch als österreichischer Bundespolitiker kann man die Entwicklung Europas mitgestalten. Europa wiederum beeinflusst sehr stark die Politik in den einzelnen Ländern.

Ihr derzeitiger Job als Klubobmann der ÖVP in einer zerstrittenen großen Koalition dürfte nicht vergnügungsteuerpflichtig sein ...

Schüssel: Das ist überall so – übrigens auch auf europäischer Ebene. Politik ist harte, professionelle Arbeit. Und das muss auch so sein.

Auf europäischer Ebene verfestigt sich der Eindruck, der alte deutsch-französische Motor habe Sand im Getriebe.

Schüssel: Das höre ich, seit wir in der Europäischen Union sind. Natürlich decken sich die deutschen und französischen Interessen nicht immer. Aber bei der Verleihung des Karlspreises, bei der Nicolas Sarkozy



Wolfgang Schüssel auf dem Europa-Abend des Unternehmensverbands AGA in Hamburg

FOTO: JÜRGEN JOOST

zy die Laudatio für Angela Merkel hielt, ging es sehr herzlich zu. Da hat sich Sarkozy in einer sehr persönlichen Rede um die deutsche Bundeskanzlerin bemüht. Angela

Merkel ist eine wunderbare Kanzlerin, eine große deutsche und europäische Begabung. Sie ist ein Geschenk für Europa, das kann man gar nicht oft genug betonen.

Verkennen die Europäer die Chancen der EU?

Schüssel: Ja. Europa wird schlechter bewertet, als die Realität ist. Wir dürfen Europa nicht kleinreden – es

Simbabwes Diktator unangekündigt in Rom eingetroffen

gibt keinen Grund zum Kleinmut. Ganz im Gegenteil. Think big. Zur ökonomischen Größe muss auch ein politischer Gestaltungsanspruch kommen.

Der Euro wird gerade stärker, als manchen lieb ist.

Schüssel: Wo stünden wir heute ohne den Euro? Dann wären Deutschland und Österreich eine Hartwährungsinsel, und alles wäre wesentlich schlimmer. Der Euro hat sich prima entwickelt. Und die Europäische Zentralbank hatte mit ihren Warnungen vor der Inflation völlig recht – sie warnte übrigens deutlich früher als viele Politiker.

Schauen wir nach Österreich: Dort ist die große Koalition in der Krise. Hält sie bis zur nächsten Wahl 2010 durch?

Schüssel: Ich hoffe es. Große Koalitionen sind aber nicht ganz einfach, weil zwei gleich starke Partner ungleich schwerer zu koordinieren sind und sehr unterschiedliche Politikentwürfe haben. Wir haben vor Ostern eine schwere Krise gehabt: Die SPÖ hat drei Untersuchungsausschüsse im Parlament gegen unsere Stimmen eingesetzt. Bei allem Respekt: Das geht nicht. Das ist Gift für die Koalition.

Fürchten Sie, dass die Ränder von einer großen Koalition profitieren werden?

Schüssel: In einer großen Koalition haben es die Ränder leichter. Im Zentrum wird diskutiert und gerungen, das stärkt die Protestparteien. Wir haben in Österreich eine ähnliche Situation wie in Deutschland. Die Linke und die FPÖ vertreten fast deckungsgleiche Positionen: viel Sozialpopulismus, ein Schuss Ausländerfeindlichkeit, eine Prise EU-Ablehnung. Das ist eine populäre Mischung, aber eine sehr gefährliche.

Das wird Oskar Lafontaine ganz anders sehen

Schüssel: Aber es ist so – deshalb müssen große Koalitionen den Mut zu großen Lösungen haben. Sonst verlieren sie ihre Daseinsberechtigung. Der Beitritt zur Europäischen Union etwa wäre ohne eine große Koalition in Österreich kaum möglich gewesen.

Wenn Sie nach Deutschland auf die hiesige große Koalition schauen, werden Sie neidisch oder atmen Sie auf?

Schüssel: Ich werde nicht die Regierung eines anderen Landes bewerten. In Deutschland sind einige große und mutige Reformen gemacht worden. Diese Politikakte hat man auch im Ausland wahrgenommen. Aber man gewinnt den Eindruck, bald beginnt der Wahlkampf.

ROM – Trotz gezielter Sanktionen der Europäischen Union ist der simbabwische Diktator Robert Mugabe nach Rom gereist. Als einer der ersten Teilnehmer traf er am Montag unangekündigt zum Welt-ernährungsgipfel in der italienischen Hauptstadt ein, begleitet von zahlreichen Leibwächtern und seiner Frau Grace. Etwa 40 Staats- und Regierungschefs wollen auf der heute beginnenden Konferenz der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) die weltweite Nahrungsmittelkrise und den Klimawandel diskutieren. Für Mugabe und einige der anderen Führungspolitiker aus Simbabwe besteht im Prinzip seit dem Jahr 2002 ein Einreiseverbot für die gesamte EU, eine Ausnahme gibt aber unter anderem für den Besuch internationaler Konferenzen der Vereinten Nationen.

Es ist Mugabes erste Auslandsreise seit der Präsidentenwahl am 29. März. Bei der Abstimmung war es offenbar zu Wahlbetrug gekommen. Mugabe versucht, seine seit 28 Jahren ununterbrochene Herrschaft in Simbabwe am 27. Juni in einer Stichwahl zu verteidigen.

In Simbabwe, das früher als „Brotkorb Afrikas“ galt, herrscht ein akuter Versorgungsmangel, viele Menschen leiden Hunger. Die Hauptursache ist die sogenannte Landreform Mugabes, bei der in den vergangenen Jahren Tausende weißer Bauern und deren Arbeiter vertrieben und die Farmen an loyale Unterstützer des Regimes verschont wurden. Unter den neuen Besitzern wie Politiker, Generäle und Richter brach die Produktion meist zusammen. Die Wirtschaft liegt völlig brach, die Inflationsrate ist mit zuletzt etwa 165 000 Prozent weltweit die höchste. Die durchschnittliche Lebenserwartung im Land fiel während Mugabes Amtszeit von 60 auf 53 Jahre.

Die britische Regierung hat die Teilnahme Mugabes an der Konferenz in Rom als „höchst bedauerlich“ bezeichnet. Mugabe habe durch seine Politik zu den aktuellen Versorgungsgespässen in Simbabwe beigetragen, sagte ein Sprecher von Premier Gordon Brown. In Rom wird Großbritannien von Entwicklungsminister Douglas Alexander vertreten. Er werde Mugabe weder treffen noch grüßen, hieß es.

In Rom wird auch der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad erwartet, der erstmals seit seiner Wahl im Jahr 2005 in ein EU-Land reist. Papst Benedikt XVI. will allerdings keinen der Staatschefs empfangen. Darunter sind die Präsidenten Brasiliens, Argentiniens, Frankreichs und Ägyptens, Luiz Inácio Lula da Silva, Cristina Kirchner, Nicolas Sarkozy und Husni Mubarak. Aus Berlin reist unter anderen Entwicklungsministerin Heidi Wiedemann nach Rom.

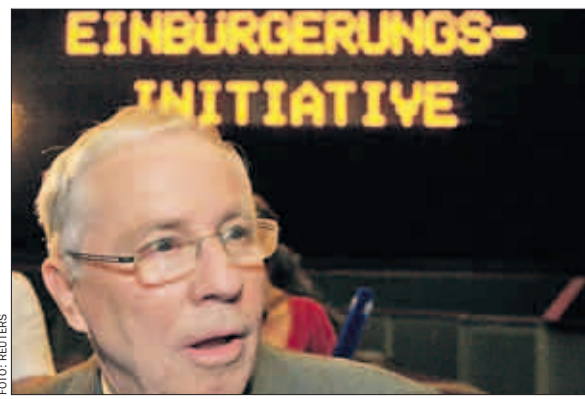
Blocher oder nicht Blocher? – Das war die Frage

Die Schweizer stimmen gegen ein schärferes Einbürgerungsgesetz und stürzen damit die SVP in die Krise

Von Urs Paul Engeler

BERN – Das Thema des Urnengangs war weder einmalig noch besonders brisant, zumindest in der Sache. Die Forderung der „Einbürgerungsinitiative“ der Schweizerischen Volkspartei (SVP), wonach die Versammlung der Bürger und nicht ein Richter bei der Erteilung der politischen Rechte an Ausländer das letzte Wort haben sollte, war im gesamten bürgerlichen Lager populär. Vor vier Jahren hatte die SVP eine Abstimmung zu einem ähnlichen Thema locker gewonnen. Nun fuhr die nochmals erstarkte, ja dominierende politische Kraft der Schweiz am vergangenen Sonntag in ihre brutale Niederlage der jüngeren Geschichte: Lediglich 36,2 Prozent der Stimmberechtigten entschieden sich für den Antrag – nur wenig mehr als die Stammwählerschaft der SVP (29 Prozent). Die Niederlage hat einen Vater und einen Namen: Christoph Blocher, im Dezember aus der Landesregierung abgewählt und seither als Vizepräsident der wahre Chef der nationalkonservativen SVP.

„Übervater“ Blocher hatte im Gefühl des sicheren Sieges genau diese Abstimmung zum ersten entscheidenden Gefecht zwischen der Mehrparteienregierung und seiner rechtsbürgerlichen Widerstandstruppe erklärt. Die Niederlage trifft also ihn und sein politisches Kalkül. Im Laufe der Zeit entfernte sich die Diskussion vom Inhalt der Abstimmung und rückte umso stärker die Person Blochers ins Zentrum.



Die frühere Justizministerin der Schweiz, Christoph Blocher, setzte sich vehement für ein schärferes Einbürgerungsgesetz ein – und hat dadurch seiner Partei geschadet

heit des Volkes ist in der Regierung nicht mehr vertreten!

Parallel zu diesem gescheiterten Kraftakt hat die Parteileitung am gleichen Sonntag die gesamte SVP-halbe der eigenen Reihen fand er kaum mehr einen Fürsprecher. Am Schluss lautete die eigentliche Frage an den Bürger: Opposition oder Kooperation? SVP oder nicht SVP? Blocher oder nicht Blocher?

Das Resultat spiegelt darum die parteipolitischen Verhältnisse der Schweiz wider – die Rechte allein kann rund ein Drittel mobilisieren; die große Mehrheit hält sich an die Mitte- und Linksparteien. Seine Brisanz erhält das Ergebnis erst aus der politischen Gesamtkonstellation. Blocher, sechs Monate nach seiner Abwahl noch immer auf dem Pfad der Rache, wollte mit dieser Initiative die bürgerliche Mitte sprengen und einen Teil auf seine Seite ziehen. Nach dem Triumph hätte am Sonntagabend die kleine helvetische Staatskrise ausgerufen werden sollen: Seht her, die Mehr-

rungsanspruch zur Debatte. War der versteckt und etwas gar feige vorbereitete Sturz aus der Regierung schwer vorzusehen und kaum zu kontern, so hat er am Sonntag die Partei in voller Kenntnis der Fakten ins Desaster geführt. Das macht ersten Parteileuten, die des harten Oppositionskurses bereits überdrüssig sind, Mut, sich mit der exkommunizierten Bündner Sektion zu solidarisieren und die Gründung einer neuen Partei zu planen. Sollte diese – allerdings noch kleine – Bewegung an Kraft gewinnen, steht die SVP just auf dem Zenit ihrer Bedeutung vor der Zerreißprobe. Und Blocher, dessen Alter (67) immer wieder thematisiert wird, hätte fast alles, was er in den letzten 20 Jahren gewonnen hat, wieder verloren.

Die vielen Feinde des starken Mannes hoffen. Doch die Vorsichtigeren seiner Gegner wie auch seine Freunde mahnen: „Einen Blocher darf man nie abschreiben. Nach jeder Niederlage ist er bisher zurückgekommen, mit einem neuen Projekt, mit neuem Schwung.“ Er selbst sagt im Interview mit der „Weltwoche“ trotzig und munter: „Ich kämpfe weiter; es gab schon größere Krisen.“ Für Blocher sprechen auch einige Fakten: Kein anderer Schweizer Politiker hat derart viel Zeit und so viel Geld.

Der Autor ist Redakteur der Schweizer Wochenzeitschrift „Weltwoche“

Seite 8: Kommentar

Schüsse begleiten Wahlen in Mazedonien

Scharmützel unter Albanern – Erdrutsch-Sieg für konservativen Premier

Von Thomas Roser

BELGRAD – Bis in die frühen Morgenstunden kurvten die Autokonvois mit den Fahnen der Wahlgewinner durch das Zentrum der Hauptstadt Skopje. Sein konservatives Wahlbündnis „Für ein besseres Mazedonien“

habe einen „historischen“ Erfolg erzielt, rief Premier Nikola Gruevski nach dem Erdrutsch-Sieg seinen Anhängern zu. Mazedonien habe „die Kraft vorwärts zu gehen – und der EU und Nato beizutreten“.

Zumindest, was deren Ergebnis angeht, hat der Hobbyboxer nach den vorgezogenen Wahlen zur Zufriedenheit scheinbar allen Grund. Gegenüber der letzten Wahl 2006 stieg der Stimmenanteil für sein Bündnis um fast 14 auf 46,9 Prozent: Dieses wird künftig rund die Hälfte der 120 Abgeordneten im Parlament stellen. Die sozialdemokratische „Sonnenkoalition für Europa“ verlor mit nur 22,1 Prozent erneut an Boden. Deren Spitzenkandidatin Radmila Sekerinska gratulierte Gruevski zwar zum Wahlsieg: „Doch der Preis für diese Wahlen ist zu hoch.“

Tatsächlich wurde der Wahltag vor allem in den albanisch besiedelten Wahlkreisen von Ausschreitungen und blutigen Schießereien überschattet. Manche Medien fühlten sich gar an die bürgerkriegsähnlichen Zustände vom Jahr 2001 erin-

nert. Damals hatten Scharmützel zwischen albanischen Aufständischen und Regierungstruppen das 2,1-Millionen-Einwohner-Land monatelang am Rande eines Bürgerkriegs taumeln lassen.

Nun waren es Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Albaner-Parteien, die im ferneren Brüssel die Zweifel an der EU-Reife des fragilen Vielvölkerstaats mehren lassen.

Ein Toter, mindestens neun Verletzte und mehrere Dutzende Verhaftungen lautete die Bilanz des Urnengangs. Der Wahlverlauf sei eine „Tragödie für die europäischen Ambitionen des Landes“, klagt EU-Botschafter Ervan Fuere.

Sowohl die oppositionelle Albaner-Partei DUI (elf Prozent), auf deren Chef bereits im Wahlkampf ein Mordversuch verübt worden war, als auch die mitregierende Albaner-Partei DPA (zehn Prozent) machten sich derweil gegenseitig für die blutige Eskalation ihres Streits verantwortlich. Dabei ist vielen klar, dass auch die örtliche Mafia in die Streitereien der Drogenschmuggler-Dörfer verwickelt ist. Zudem ist das gespannte Verhältnis der beiden Albaner-Parteien auch in der Partnerwahl von Gruevski begründet: Seitdem der Premier 2006 der kleineren DPA den Vorzug vor der DUI als Koalitionspartner gab, hat sich deren gegenseitige Abneigung noch vertieft.

Egal ob Gruevski nun wie erwartet erneut ein Bündnis mit der DPA oder mit der DUI anstrebt, ist seine interne Position in der künftigen Koalition gestärkt. Eilfertig hat der 37-Jährige die von der EU geforderte Wahlwiederholung in den von den Unregelmäßigkeiten betroffenen Wahlkreisen zugesagt. Doch nicht nur die versprochene, aber mit Rücksicht auf den Nachbarn Serbien immer wieder aufgeschobene Anerkennung des Kosovo dürfte dem Premier noch merklich Kopfzerbrechen bereiten. Im Wahlkampf setzte Gruevski auf patriotische Töne. Doch im festgefahrenen Namensstreit mit Griechenland, das eine Nato-Aufnahme Mazedoniens mit Hinweis auf die Provinz gleichen Namens per Veto blockiert, hat er nun neue Möglichkeiten zu finden.

Einen schwierigen Start in seine zweite Amtszeit sagt dem Premier denn auch die heimische Presse voraus. Die Berichte der Wahlbeobachter könnten den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der EU weiter verzögern, fürchtet die Zeitung „Utrinski Vesnik“. Parallel müsse eine neue Regierung geformt und mit Griechenland über eine Lösung im Sprachenstreit verhandelt werden, schrieb zu Wochenbeginn der „Dnevnik“. Viel „Weisheit“ werde die neue Regierung dafür benötigen, doch zuerst vor einer anderen „sehr wichtigen Aufgabe“ stehen: „Sie muss versuchen, den schwarzen Fleck zu beseitigen, den diese Wahlen auf die mazedonische Demokratie geworfen haben.“